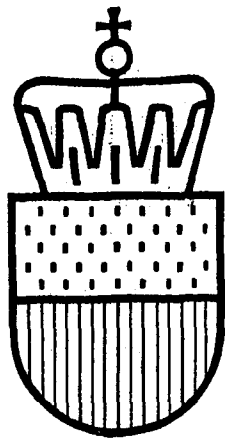


Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43. Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 21 43
Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer
Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ Vaduz, Dienstag, 26. Mai 1964

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

98. Jahrgang — Nr. 78

Von der Wiege bis zur Bahre

Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates

(b) In den Jahren nach dem letzten Weltkrieg lieferten in erster Linie Auswüchse und Missbräuche des staatlichen Gesundheitswesens in Grossbritannien Gesprächsstoff für die Auseinandersetzung darüber, wie weit der Staat dem einzelnen die Vorsorge gegen Wechselfälle des Lebens abnehmen solle. Inzwischen sind Perücken zwar wieder allgemein Mode geworden, aber in den meisten Fällen dürften die Kosten dafür aus privaten Mitteln bestritten werden. Der vom brit. Fiskus bezahlte künstliche Haarschopf galt jedenfalls lange Zeit als abschreckendes - Beispiel für übertriebene staatliche Fürsorge und schon beinahe als gleichbedeutend mit Wohlfahrtspolitik überhaupt.

In den letzten Jahren hat sich die Kritik mehr anderen Staaten zugewandt; wenn heute von «Wohlfahrtsstaaten» im negativen Sinne gesprochen wird, denkt man hauptsächlich an die seit Jahrzehnten sozialdemokratisch regierten Länder Schweden und Dänemark, und wiederum sind es fast durchwegs Auswüchse und Einzelfälle, die das Urteil der ausländischen Öffentlichkeit beeinflussen und leicht den Eindruck entstehen lassen, in diesen Ländern lebten bereits alle gewissermassen auf Staatskosten.

Zu diesem falschen Bild haben gerade in jüngster Zeit Bericht über die soziologische Studie eines dänischen Publizisten beigetragen, der feststellte, dass dänische Landwirte nicht nur kostenlos die Gemeindebibliothek benutzen - was ja durchaus in Ordnung ist -, ihr Bildungsdrang wird vielmehr noch dadurch gefördert, dass ihnen die Kosten einer Taxifahrt zu diesen Bibliotheken erstattet werden. Eine ähnliche Uebertreibung leistet man sich im Schulwesen: dänische Kinder werden kostenlos mit Bussen zur Schule befördert, was ebenfalls in Ordnung ist; wer aber das Glück hat, in unmittelbarer Nähe der Schule zu wohnen, erhält den Fahrpreis in bar erstattet. Hier wird der Grundsatz der gleichen Behandlung reichlich weit getrieben.

Schweden hat es in drei Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierung unternommen, seine Bürger von der Wiege bis zur Bahre gegen fast alle materiellen Risiken des Lebens zu sichern. Die staatliche Fürsorge beginnt bereits vor der Geburt mit der kostenlosen Mütterberatung und endet mit der Alterspension, die im allgemeinen vom 67. Lebensjahr ab weitgehend unabhängig vom Einkommen des Versicherten als dynamische - das heisst an den Lebenskosten-

index gebundene - Rente gezahlt wird. Sie besteht aus der Volkspension, die zu etwa einem Drittel von den Versicherten selbst und zu zwei Dritteln von der öffentlichen Hand durch eine stark progressive Einkommensbesteuerung - aufgebracht wird. Dazu kommt eine Zusatzpension, deren Prämien für die Unselbständigen von den Arbeitgebern getragen und bei den freiwillig Versicherten - Selbständigen mit den Steuern eingezogen werden. Das Kapital des staatlichen Pensionsfonds hat Ende 1962 rund 2,6 Mrd. Schwedenkronen betragen; es soll sich infolge der Preis- und Einkommenssteigerungen sowie einer 4%igen Verzinsung bis 1965 bereits vervierfachen. Der Anteil des Versicherungsfonds an den Bruttoinvestitionen dürfte heute bei 10% liegen. Im vergangenen Jahr sind mehr als 50% der Fondsmittel als Wohnungsbaukredite ausgeliehen worden, etwa 20% wurden von der öffentlichen Hand anderweitig beansprucht und rund 25% kamen privatwirtschaftlichen Zwecken zugute.

Ueber die gesamtwirtschaftlichen Folgen der besonders im letzten Jahr forcierten Sozialpolitik ist man in Schweden geteilter Meinung. Die Altersversorgung in dem geschiederten Ausmass ist noch zu jung -, als dass man ihre Auswirkungen auf das private Sparen oder auf den Konsum schon grundsätzlich beurteilen könnte. Es gibt Stimmen, die bereits für 1969 einen Wandel von einem deutlichen Kapitalmangel zu einem Ueberangebot voraussagen, weil dann nämlich einem Prämienaufkommen von rund 5 Mrd. Schwedenkronen Pensionszahlungen von lediglich etwa 0,8 Mrd. Schwedenkronen gegenüberstehen würden. Da der gesamte Kreditbedarf der privaten und öffentlichen Wirtschaft einschliesslich des Wohnungsbaus sich in den letzten Jahren in einer Grössenordnung zwischen 4 und 5 Mrd. Schwedenkronen jährlich bewegt hat, ist diese Ueberlegung nicht von der Hand zu weisen. Jedenfalls dürfte in absehbarer Zeit der Staat auf dem Kapitalmarkt eine dominierende Doppelrolle spielen als Geber und Nehmer.

Privatwirtschaftliche Kreise, vor allem die Banken, sehen die zunehmende Aktivität des Staates mit Sorge. Die expansive Fiskalpolitik hat im Jahre 1963 zu deutlichen Ueberhitzungserscheinungen geführt. Die übermässige Lenkung von Investitionskapital in die Bauwirtschaft hat den Arbeitsmarkt stark angespannt und die Lohnkosten, die der Produktivität sowieso vorausseilen, weiter in die Höhe getrie-

ben. Die Notenbank kann nur eingreifen, indem sie die ohnehin beschränkten Kreditmöglichkeiten der Privatwirtschaft noch stärker beschneidet und damit die schon bisher unzureichende private Investitionsbereitschaft vollends entmutigt. Die Mahnung der OECD, Schweden müsse zu einer sparsameren Haushaltspolitik übergehen, trifft daher ins Schwarze, hat aber wohl kaum Aussicht, noch in diesem Jahr befolgt zu werden. Das Wahljahr 1964 wird vielmehr voraussichtlich eine für schwedische Verhältnisse ungewöhnliche Erhöhung der Haushaltsausgaben um 10-20% bringen.

Sicherlich kann man diese Entwicklung nicht ausschliesslich der grosszügigen Sozialpolitik zuschreiben. Bis Ende 1962 hatte Schweden sogar eine relativ stabile Wirtschaftsentwicklung. Noch in den letzten 5 Jahren von 1958 bis Ende 1962 stand einer Zunahme des Sozialproduktes um fast 50 % eine Steigerung des Staatsausgaben um nur 25% gegenüber. Erst nach der leichten Rezession des Jahres 1962 ist die Regierung zu einer stärker expansiven Haushaltspolitik übergegangen. Immerhin hat sich der öffentliche Sektor der schwedischen Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg fast verdoppelt; mit noch nicht 30% des Sozialproduktes hält er sich aber noch im Rahmen des auch in anderen westeuropäischen Staaten üblichen Anteils.

Deutlich erkennbar wird der Preis der Wohlfahrtspolitik in Schweden an der recht drückenden Einkommensbesteuerung und vor allem an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Besonders aufschlussreich ist dabei die Relation zwischen Löhnen und Preisen. Mit einer Nominallohnezunahme um 29% zwischen 1958 und Ende 1962 ging eine 12%ige Verteuerung der Lebenshaltungskosten einher, in der Bundesrepublik stieg der Lohnindex in der gleichen Zeit um 42%, der Lebenskostenindex aber nur um 9%. In Schweden wurde also offensichtlich der Erfolg der gewerkschaftlichen Lohnpolitik durch den Kaufkraftschwund und der Schwedenkrone beeinträchtigt, der ja weitgehend eine Folge der expansiven Sozialpolitik des Staates ist.

Auch die starke staatliche Förderung des schwedischen Wohnungsmarktes hat trotz ihrer eindrucksvollen Baustatistiken im Grunde keinen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zuwege gebracht: der schwedische Wohnungsbedarf wurde bisher auch nicht annähernd befriedigt, ganz im Gegensatz zu den privaten Wirtschaftsbereichen, die dank ihrer Angebotselastizität allen Ansprüchen gerecht werden, und gerade darauf beruht zum überwiegenden Teil der hohe Lebensstandard in Schwe-

Internationale Bodenseetagung Christlicher Politiker

Zum 7. Male fand über das vergangene Wochenende die Internationale Bodenseetagung Christlicher Politiker statt. Als Tagungsort wurde diesmal die zukünftige Universitätsstadt Konstanz gewählt, die als altes kulturelles und politisches Zentrum des Bodenseeraumes einen idealen Rahmen für die Tagung darstellte.

Im Mittelpunkt der Zusammenkunft von christlichen Politikern aus Deutschland, der Schweiz, Oesterreichs und Liechtensteins, standen drei Referate von Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger, H. H. Monsignore Dr. Duft und Prof. Ernst Deuerlein. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kiesinger, referierte über das Thema «Universitas heute», das sich vornehmlich auf die Stadt Konstanz als Universitätsstadt bezog, während der St. Galler Stiftsbibliothekar, Dr. Duft, über das «Christentum im Bodenseeraum sprach».

Zum Abschluss der Tagung sprach der Münchner Professor Dr. Ernst Deuerlein über das Thema: «Politik aus christlicher Verantwortung gestaltet die Zukunft».

Alle drei Referate, vorab aber das letzte, richtungsweisende von Prof. Deuerlein, vermittelten der Tagung auch dieses Jahr zugleich Inhalt und eine weitblickende Standortbestimmung. - Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt auf die Ausführungen der drei prominenten Redner zurückkommen.

den. Die schwedische Wirtschaft arbeitet noch immer im wesentlichen auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Die Regierung huldigt keinem orthodoxen Sozialismus und lehnt auch eine Verstaatlichung der Produktionsmittel ab. Wenn sie aber interveniert - wie auf dem Wohnungsmarkt - dann gerät die Harmonie ins Wanken, weil der ausgleichende Preismechanismus fehlt.

Die schwedischen Erfahrungen bestätigen wieder einmal, dass es noch kein Rezept für das «Magische Dreieck» ständiger Vollbeschäftigung, konstanten Wirtschaftswachstums und stabiler Kaufkraft der Währung gibt. Für den Nachweis, dass Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat keine feindlichen Brüder sein müssen, bedarf es aber vielleicht einer längeren Erfahrungsfrist, als sie die 20 Nachkriegsjahre bieten können. Schliesslich hat der englische Geschichtsschreiber Macaulay der britischen Königin Elisabeth I erst nach 250 Jahren bescheinigt, dass sie erfolgreich gewesen sei und daher keiner weiteren Rechtfertigung bedürfe.

des Kommunismus unter Umständen wieder temporär abzuschreiben, wenn dadurch eine Stärkung der Stellung der Chinesen vermieden werden kann. Es gibt Anzeichen, dass es den nach China orientierten Kommunisten auf Sansibar, deren Exponent Babu war, in den vier Monaten seit der Revolution vom Jahresanfang gelungen war, ihren Einfluss so zu verstärken, dass die nach Moskau blickenden Kommunisten bald ausgebootet worden wären. Insbesondere von der Nebeninsel Pemba lauteten die Berichte so, dass dort der chinesische Einfluss absolut vorherrschend geworden war.

Aus diesem Lehrstück lässt sich schliessen, dass offenbar in der neu orientierten Politik Moskaus eine Annäherung an den Westen im taktischen Sinne als günstiger betrachtet wird als eine Förderung der kommunistischen Bewegung, wenn und wo diese von den Chinesen beherrscht wird oder beherrscht werden könnte! Dieses Fazit lässt weitreichende Schlussfolgerungen zu für mögliche Entwicklungen in anderen Gebieten der Welt, wo die beiden kommunistischen Richtungen sich heute als Rivalen gegenüberstehen. Die Auswirkungen dieses neuen Elements in der Weltpolitik sind noch gar nicht abzusehen. Sie lassen sich auf Grund der Ereignisse im Falle Sansibars nur ahnen!

Luzius.

notiert und kommentiert...

Sansibar: «Tanzan»

An dieser Stelle wurde in der Ausgabe vom 26. März die Revolution auf der ostafrikanischen Insel Sansibar kommentiert, welche zu Jahresbeginn den Sultan ausser Landes trieb und die erste «Volksdemokratie» des schwarzen Erdteils begründete. Wir schrieben damals: «Die interessantesten Ereignisse stehen noch bevor... Das Schauspiel der Machtkämpfe gewinnt noch dadurch an echter Dramatik, dass man aus dem Souffleurkasten schon jetzt chinesische, russische und nicht ganz unvertraute westliche Flüstertöne vernahmen zu können glaubt.»

Nun, knapp ein Monat später wurden aus Sansibar wirklich «interessanteste» Ereignisse gemeldet: Präsident Karume, der in erster Linie afrikanischer Nationalität ist, und der moskauhörige Vizepräsident Hanga haben die Gelegenheit, als der nach Peking schielende Aussenminister Babu sich ausser Landes begeben hätte, wahrgenommen, um einen Staatsstreich zu starten, der nicht weniger zum Ziele hatte, als die Eigenstaatlichkeit Sansibars auszulöschen! Karume und Hanga liessen zur

Ueberraschung der Welt verlauten, dass sich Sansibar mit dem nahen Tanganjika zu einer Union vereinige. Präsident Nyerere von Tanganjika bestätigte diesen Plan. In aller Eile wurden innerhalb von 24 Stunden die nötigen staatsrechtlichen Grundlagen der Vereinigung von Sansibar und Tanganjika geschaffen, die nunmehr «Tanzan»-Republik genannt wird (Tan = Tanganjika; Zan = Zanzibar). Babu wurde von der Neuigkeit in Pakistan überrascht, als er sich auf einem Staatsbesuch gebührend feiern liess. Als er nach Sansibar zurückkehrte, blieb ihm nicht mehr viel anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel seiner zu Hause gebliebenen, listigen Genossen zu machen.

Zwar bleibt Sansibar als autonom verwaltete Region innerhalb der neuen Union bestehen. In dieser Beziehung hat der Staatsstreich aber den Exponenten Pekings entmacht, und es ist nicht ausgeschlossen, dass Babu sehr bald aus dem führenden Triumvirat ausscheiden wird. Seine Funktion als Aussenminister ist in der neuen Union, deren Aussenpolitik nun einheitlich von Darassalam aus geleitet werden dürfte, ohnehin überflüssig geworden. (Er ist jetzt in der Unionsregierung Minister für die Entwicklungsplanung). Eine Frage, die natürlich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht entschieden werden kann, ist, ob damit Sansibar wirklich in

der Ost-West-Auseinandersetzung neutralisiert ist. Konnte durch die «Tanzan»-Ueberraschung eine Entwicklung der Insel nach dem Muster von Kuba verhindert werden? Auf den ersten Blick scheint dies das Resultat des Coups zu sein. Gleichzeitig aber drängt sich auch die Frage auf, ob nicht durch die Union die Kommunisten auf Sansibar nunmehr eine willkommene Gelegenheit erhalten, unkontrolliert in dem bevölkerungsmässig zehnmal stärkeren Tanganjika ihre Wührarbeit fortzusetzen und die dortige nicht-kommunistische Regierung zu unterminieren.

Wie dem im einzelnen auch immer sei, die Vorgänge auf Sansibar haben in aller Deutlichkeit bewiesen, dass Moskau und Peking sich rasch zu verfeindeten Rivalen um die Entwicklung im Weltkommunismus entwickeln, die beide ihre eigenen Interessen rücksichtslos verfechten, ein jeder auch, wenn nötig, auf Kosten des anderen. Es ist ganz ausgeschlossen, dass der Vizepräsident von Sansibar, Hanga, der in Moskau studiert hat und mit einer sowjetischen Politikerin verheiratet ist, sich nicht vor dem Staatsstreich zunächst in allen Einzelheiten mit Moskau abgesprochen hat. Daraus muss man schliessen, dass es Chruschtschow in der heutigen Situation vorzieht, einen an der Peripherie liegenden Satellitenstaat